Deutscher Bundestag
6. Wahlperiode

Drucksache VI/846

Sachgebiet 63

Mündlicher Bericht

des Haushaltsausschusses
(7. Ausschuß)

zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1970 (Haushaltsgesetz 1970)

— Drucksachen VI/300, zu VI/300 —

Berichterstatter:
Abgeordneter Leicht

Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1970 (Haushaltsgesetz 1970) nebst Gesamtplan — Drucksache VI/300 — in der aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Bonn, den 27. Mai 1970

Der Haushaltsausschuß

Leicht
Vorsitzender und Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. (0 22 29) 6 35 51

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1970 (Haushaltsgesetz 1970)

— Drucksache VI/300 —

mit den Beschlüssen des Haushaltsausschusses (7. Ausschuß)

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1970 (Haushaltsgesetz 1970)	**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1970 (Haushaltsgesetz 1970)**
Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:
§ 1	§ 1
(1) Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1970 wird in Einnahme und Ausgabe auf *91 432 799 700* Deutsche Mark festgestellt.	(1) Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1970 wird in Einnahme und Ausgabe auf **90 945 761 300** Deutsche Mark festgestellt.
(2) Für das Haushaltsjahr 1971 werden Ausgaben für den Verwaltungshaushalt in Höhe von *20 720 707 300* Deutsche Mark bewilligt.	(2) Für das Haushaltsjahr 1971 werden Ausgaben für den Verwaltungshaushalt in Höhe von **20 685 667 600** Deutsche Mark bewilligt.
§ 2	§ 2
(1) Innerhalb der Einzelpläne sind Ausgaben bei den in der Anlage bezeichneten Titeln in Höhe von insgesamt *2 678 100 000* Deutsche Mark gesperrt.	(1) Innerhalb der Einzelpläne sind Ausgaben bei den in der Anlage bezeichneten Titeln in Höhe von insgesamt **440 000 000** Deutsche Mark gesperrt.
(2) Unter Berücksichtigung der Auswirkung der Sperre auf die in der Anlage zu Absatz 1 genannten Ausgabenansätze vermindert sich die in § 1 Abs. 1 festgestellte Summe der verfügbaren Ausgaben auf *88 754 699 700* Deutsche Mark.	(2) Unter Berücksichtigung der Auswirkung der Sperre auf die in der Anlage zu Absatz 1 genannten Ausgabenansätze vermindert sich die in § 1 Abs. 1 festgestellte Summe der verfügbaren Ausgaben auf **90 505 761 300** Deutsche Mark.
(3) Auf Antrag des Bundesministers der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft kann die Bundesregierung die Sperre ganz oder teilweise aufheben, wenn es zur Abwehr einer	(3) Auf Antrag des Bundesministers der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft kann die Bundesregierung **mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundesta-**

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
die Ziele des § 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) gefährdenden Abschwächung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit erforderlich ist.	**ges** die Sperre ganz oder teilweise aufheben, wenn es zur Abwehr einer die Ziele des § 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) gefährdenden Abschwächung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit erforderlich ist.
§ 3	§ 3
(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für das Haushaltsjahr 1970 Kredite bis zur Höhe von *2 513 100 000* Deutsche Mark aufzunehmen.	(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für das Haushaltsjahr 1970 Kredite bis zur Höhe von **302 100 000** Deutsche Mark aufzunehmen.
(2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 1970 fällig werdenden Krediten zu, deren Höhe sich aus der Finanzierungsübersicht (Teil II des Gesamtplans) ergibt.	(2) unverändert
	(3) Der Bundesminister der Finanzen wird ferner ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für zusätzliche Maßnahmen im Hochschul- und Forschungsbereich Kredite bis zur Höhe von 1 000 000 000 Deutsche Mark aufzunehmen.
§ 4	§ 4
Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 7 000 000 000 Deutsche Mark aufzunehmen. Darauf sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen sind.	unverändert
§ 5	§ 5
(1) Der Bundesminister der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr Gesellschaften des privaten Rechts vertraglich mit der Finanzierung des Baues von Bundesfernstraßen auf Grund des Artikels 2 Abs. 2 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes vom 28. März 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 201), geändert durch das Gesetz über Umstellung der Abgaben auf Mineralöl vom 20. Dezember 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 995), und mit der Finanzierung von Investitionsvorhaben des Wasserstraßenbaues bis zur Höhe von insgesamt 490 000 000 Deutsche Mark beauftragen.	unverändert
(2) Der Bundesminister der Finanzen kann außerdem im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr Gesellschaften des privaten Rechts vertraglich mit der Finanzierung von Straßenbauvorhaben im Rahmen der Strukturmaßnahmen Ruhr, Saar, Zonenrandgebiete, Bundesausbaugebiete und -orte (Gemeinsames Strukturprogramm) bis zur Höhe von insgesamt 83 700 000 Deutsche Mark beauftragen.	
§ 6	§ 6
(1) Innnerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit)	(1) unverändert
1. Einsparungen bei Titel 422 01 zur Verstärkung der bei Titel 422 02 veranschlagten Ausgaben;	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. Einsparungen bei Titel 423 01 zur Verstärkung der bei Titel 423 02 veranschlagten Ausgaben;	
3. Einsparungen bei Titeln der Gruppen 422, 423, 425 und 426 zur Verstärkung von Ausgaben bei Titeln der Gruppen 443 und 453.	
(2) Die obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 511 bis 519, 523, 526, 527, 531, 539 und 547 innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als 25 vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint.	(2) unverändert
(3) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, innerhalb des Einzelplans 14 (Bundesminister der Verteidigung) die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 551, 553 bis 559 der Kapitel 14 08 und 14 11 bis 14 20 anzuordnen, falls dies auf Grund später eingetretener Umstände wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Diese Regelung gilt auch für übertragbare Ausgaben. § 37 der Bundeshaushaltsordnung bleibt unberührt.	(3) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, **mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages** innerhalb des Einzelplans 14 (Bundesminister der Verteidigung) die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 551, 553 bis 559 der Kapitel 14 08 und 14 11 bis 14 20 anzuordnen, falls dies auf Grund später eingetretener Umstände wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Diese Regelung gilt auch für übertragbare Ausgaben. § 37 der Bundeshaushaltsordnung bleibt unberührt.
(4) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, anzuordnen, daß Einsparungen bei Titeln des Kapitels 10 03 zur Verstärkung der Ausgaben bei Titeln des Kapitels 10 02 verwendet werden.	(4) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, **mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages** anzuordnen, daß Einsparungen bei Titeln des Kapitels 10 03 zur Verstärkung der Ausgaben bei Titeln des Kapitels 10 02 verwendet werden.
§ 7	§ 7
Der Bund kann den Ländern auf Grund von Verwaltungsvereinbarungen Finanzhilfen im Sinne des Artikels 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes nach Maßgabe der dafür im Bundeshaushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel gewähren.	unverändert
	§ 7 a
	Abweichend von § 35 der Bundeshaushaltsordnung sind zuviel gezahlte Personalausgaben in jedem Fall von der Ausgabe abzusetzen.
§ 8	§ 8
(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen	unverändert
1. a) im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausfuhren zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —,	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
b) im Zusammenhang mit Ausfuhren, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht, zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner;	
2. a) für Kredite an ausländische Schuldner im Zusammenhang mit der Gewährung bilateraler Kapitalhilfe,	
b) für andere Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt;	
3. zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —;	
4. zum Zwecke der Umschuldung durch den Bund gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. — Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können —.	
(2) Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf 27 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 4 auf insgesamt 10 000 000 000 Deutsche Mark festgesetzt.	
§ 9	§ 9
Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zur Höhe von 3 700 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.	unverändert
§ 10	§ 10
Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von 1 500 000 000 Deutsche Mark zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin nach Richtlinien zu übernehmen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und den sonst beteiligten Fachministern festlegt.	unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 11	§ 11
Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von 21 000 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.	Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von 21 000 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen
1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;	1. unverändert
2. zur Förderung des Verkehrswesens;	2. unverändert
3. zur Förderung des Wohnungsbaues und der damit verbundenen städtebaulichen Maßnahmen, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues, zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht, sowie zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden;	3. unverändert
4. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen erwachsen — zu vergleichen § 3 des Gesetzes über die Zusammenlegung der Deutschen Landesrentenbank und der Deutschen Siedlungsbank vom 27. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1001) —;	4. unverändert
5. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (Bundesgesetzblatt I S. 565) — Grüner Plan —;	5. unverändert
6. zur Förderung der Deutschen Fischwirtschaft;	6. unverändert
7. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen;	7. unverändert
8. für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds aus der Eintragung der Schuldbuchforderungen nach § 252 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446), in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1909);	8. für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds aus der Eintragung der Schuldbuchforderungen **oder der Aushändigung von Schuldverschreibungen** nach § 252 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446), in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1909);
9. im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken, insbesondere aus Anlaß a) des Betriebs von Atomanlagen sowie der Beförderung und Verwendung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen für friedliche Zwecke, b) des Bezugs solcher Stoffe, soweit dadurch eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln vermieden wird;	9. unverändert
10. im Zusammenhang mit der Beschaffung von Kernbrennstoffen, die die Europäische Atomgemeinschaft auf Grund bilateraler Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika für Benutzer in der Bundesrepublik bezieht, wenn die Europäische Atomgemeinschaft nach dem Beschluß des Rates vom 5./7. März 1962 die Beschaffung der Kernbrennstoffe hiervon abhän-	10. unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
gig macht. — Die vertragliche Verpflichtung der Benutzer auf Freistellung des Bundes bleibt unberührt —;	
11. für Kredite, die das vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen beauftragte Kreditinstitut im Zusammenhang mit der Gewährung von Kapitalisierungsbeträgen an Versorgungsberechtigte gemäß dem Gesetz zur Sicherstellung der Grundrentenabfindung in der Kriegsopferversorgung vom (Bundesgesetzbl. I S.) aufnimmt;	11. für Kredite, die das vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen beauftragte Kreditinstitut im Zusammenhang mit der Gewährung von Kapitalisierungsbeträgen an Versorgungsberechtigte gemäß dem Gesetz zur Sicherstellung der Grundrentenabfindung in der Kriegsopferversorgung vom **27. April 1970** (Bundesgesetzbl. I S. **413**) aufnimmt;
12. im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.	12. unverändert
§ 12	§ 12
Gewährleistungen nach den §§ 8 bis 11 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.	unverändert
§ 13	§ 13
(1) Auf die Höchstbeträge der §§ 8 bis 11 werden jeweils die Gewährleistungen auf Grund der entsprechenden Ermächtigungen angerechnet, die in den §§ 20 bis 23 des Haushaltsgesetzes 1969 enthalten sind. Die Anrechnung erfolgt, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat.	(1) unverändert
(2) Soweit der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.	(2) unverändert
(3) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 8 bis 11 können auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden.	(3) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 8 bis 11 können **mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages** auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden.
§ 14	§ 14
(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Planstellen zusätzlich auszubringen, wenn ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis vorliegt, das ein Hinausschieben der Entscheidung bis zur Verkündung eines Nachtragshaushalts oder des Haushaltsgesetzes für das Haushaltsjahr 1971 ausschließt. Die zusätzlichen Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend" zu versehen. Über den weiteren Verbleib ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.	**entfällt**
(2) Bei der Ermittlung des Anteils der Planstellen der Besoldungsgruppe B 3 auf Grund der Fußnoten 8 und 12 zur Besoldungsgruppe B 3 des Bundesbesol-	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
dungsgesetzes sind die Planstellen der Besoldungsgruppe A 16, die mit dem Vermerk „künftig wegfallend" oder „künftig umzuwandeln" versehen sind, nicht zu berücksichtigen.	
§ 15	§ 15
(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten im Einzelplan der abgebenden Dienstbehörde eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten mit dem Vermerk „künftig wegfallend" ausbringen.	(1) unverändert
(2) Wird der Beamte wieder im Dienst des Bundes verwendet, ist er in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen; solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 37 Abs. 1 der Bundeshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.	(2) unverändert
(3) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung beabsichtigt ist, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden.	(3) unverändert
(4) Die Absätze 1 und 2 finden entsprechende Anwendung, wenn eine Beamtin gemäß § 79 a Abs. 1 Nr. 2 des Bundesbeamtengesetzes oder eine Richterin gemäß § 48 a Abs. 1 Nr. 2 des Deutschen Richtergesetzes, beide Bestimmungen eingefügt durch das Sechste Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 31. März 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 257), ohne Dienstbezüge langfristig beurlaubt wird.	(4) unverändert
(5) Absätze 1, 2 und 3 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland oder bei einer *Außenhandelskammer* oder als Auslandskorrespondent der Gesellschaft für Außenhandelsinformationen m. b. H. ohne Dienstbezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.	(5) Absätze 1, 2 und 3 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland oder bei einer **Auslandshandelskammer** oder als Auslandskorrespondent der Gesellschaft für Außenhandelsinformationen m. b. H. ohne Dienstbezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
(6) Über den weiteren Verbleib der nach den Absätzen 1 bis 5 ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.	(6) unverändert
§ 16	§ 16
(1) Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem obersten Gerichtshof des Bundes gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 243), zuletzt geändert durch das Vereinsgesetz vom 5. August 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 593), zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden obersten Gerichtshofes des Bundes eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters mit dem Vermerk „künftig wegfallend" ausbringen.	unverändert
(2) Scheidet der Richter aus dem Bundesverfassungsgericht aus und tritt er wieder zu seinem obersten Gerichtshof des Bundes zurück, ist er in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle derjenigen Besoldungsgruppe bei seinem Gericht einzuweisen, die seinem dortigen Amt als Bundesrichter entspricht; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 37 Abs. 1 der Bundeshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.	
§ 17	§ 17
(1) Abweichend von § 17 des Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 24. April 1950 in der Fassung vom 25. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1047) und von § 20 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617), zuletzt geändert durch Artikel III des Wohnungsbauänderungsgesetzes 1968 vom 17. Juli 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 821), können die nach diesen Vorschriften für Maßnahmen zugunsten des sozialen Wohnungsbaues zu verwendenden Rückflüsse, Erträge, Rückzahlungen oder Erlöse auch für Maßnahmen zugunsten des Wohnungsbaues im Rahmen der Stadt- und Dorferneuerung verwendet werden.	unverändert
(2) § 19 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617) findet keine Anwendung.	
§ 18	§ 18
Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Haushaltsjahr 1970 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund des § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht.	unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 19	§ 19
§ 5 und §§ 7 bis 17 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter.	unverändert
§ 20	§ 20
Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.	unverändert
§ 21	§ 21
Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1970 in Kraft.	unverändert

Anlage

zu § 2 Haushaltsgesetz 1970

Übersicht

über die nach § 2 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes 1970 gesperrten Beträge

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (in Stichworten)	Sperrbetrag 1970 in 1000 DM
12 10	760 00	Bundesstraßen	100 000
12 10	770 00	Bundesautobahnen	140 000
12 18	883 01	Zuschüsse und Darlehen für den kommunalen Straßenbau	100 000
		Summe Epl. 12	**340 000**
31 02	685 51	Deutsche Forschungsgemeinschaft	10 000
31 02	882 01	Ausbau und Neubau von Hochschulen	20 000
31 02	882 05	Regionale Großrechenzentren	10 000
31 03	683 25	Brennstoffkreislauf	10 000
31 03	893 01	Investitionen Kernphysik	2 000
31 03	893 10	Versuchsreaktoren	25 000
31 03	893 62	IPP Investitionen	3 500
31 03	893 63	GSF Investitionen	3 500
31 04	683 05	Studien, Systemvorarbeiten	5 000
31 04	893 10	Forschungssatelliten	5 000
31 04	893 15	Anwendungssatelliten	6 000
		Summe Epl. 31	**100 000**
		Gesamtsumme der gesperrten Beträge	**440 000**

Entwurf

Gesamtplan des Bundeshaushaltsplans 1970

Teil I: Haushaltsübersicht

mit Anlage Übersicht Verpflichtungsermächtigungen

Teil II: Finanzierungsübersicht

Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Gesamtplan

Verwaltungshaushalt 1970

Einnahmen

Teil I Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Einnahmen: Steuern und steuerähnliche Abgaben 1970 DM	Einnahmen (Verwaltungshaushalt) 1970 DM	Übrige Einnahmen 1970 DM	Summe Einnahmen 1970 DM	Summe Einnahmen 1969 DM	gegenüber 1969 mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt ...	—	19 300	—	**19 300**	20 300	— 1 000
02	Deutscher Bundestag	—	169 700	—	**169 700**	185 700	— 16 000
03	Bundesrat	—	33 400	—	**33 400**	30 400	+ 3 000
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	—	338 200	—	**338 200**	341 900	— 3 700
05	Auswärtiges Amt	—	8 617 900	—	**8 617 900**	8 062 000	+ 555 900
06	Bundesminister des Innern	—	6 052 200	—	**6 052 200**	14 510 100	— 8 457 900
07	Bundesminister der Justiz	—	120 569 200	—	**120 569 200**	109 712 300	+ 10 856 900
08	Bundesminister der Finanzen	—	406 834 400	—	**406 834 400**	334 965 600	+ 71 868 800
09	Bundesminister für Wirtschaft	—	21 885 200	—	**21 885 200**	20 262 500	+ 1 622 700
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten .	—	18 213 400	—	**18 213 400**	16 523 600	+ 1 689 800
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	—	5 488 000	—	**5 488 000**	4 637 100	+ 850 900
12	Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	—	192 454 700	—	**192 454 700**	184 655 700	+ 7 799 000
13	Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen .	—	7 625 000	—	**7 625 000**	6 782 000	+ 843 000
14	Bundesminister der Verteidigung	—	235 693 000	—	**235 693 000**	261 390 600	— 25 697 600
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	—	5 396 700	—	**5 396 700**	3 836 700	+ 1 560 000
19	Bundesverfassungsgericht	—	81 500	—	**81 500**	21 500	+ 60 000
20	Bundesrechnungshof	—	23 900	—	**23 900**	22 900	+ 1 000
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	—	331 800	—	**331 800**	212 400	+ 119 400
25	Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen .	—	4 669 100	—	**4 669 100**	4 523 000	+ 146 100
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	—	72 200	—	**72 200**	46 400	+ 25 800
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	—	262 800	—	**262 800**	659 200	— 396 400
32	Bundesschuld	—	3 409 000	—	**3 409 000**	3 224 700	— 184 300
33	Versorgung	—	270 000	—	**270 000**	400 000	— 130 000
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte ...	—	22 011 000	—	**22 011 000**	26 104 000	— 4 093 000
36	Zivile Verteidigung	—	38 972 400	—	**38 972 400**	85 232 100	— 46 259 700
60	Allgemeine Finanzverwaltung	—	4 410 000	—	**4 410 000**	303 950 000	— 299 540 000
	Summe Verwaltungshaushalt 1970	—	**1 103 904 000**	—	**1 103 904 000**	1 390 312 700	— 286 408 700

Gesamtplan

Verwaltungshaushalt 1970

Ausgaben

Teil I Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Personalausgaben 1970 DM	Sächliche Verwaltungsausgaben 1970 DM	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw. 1970 DM	Schuldendienst 1970 DM
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	2 656 800	2 255 700	—	—
02	Deutscher Bundestag	92 904 200	18 528 400	—	—
03	Bundesrat	2 553 600	1 227 700	—	—
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	28 951 100	179 848 100	—	—
05	Auswärtiges Amt	270 339 800	67 588 700	—	—
06	Bundesminister des Innern	456 428 700	173 270 600	—	—
07	Bundesminister der Justiz	110 098 100	34 551 200	—	—
08	Bundesminister der Finanzen	759 616 600	273 578 000	—	—
09	Bundesminister für Wirtschaft	123 401 600	66 353 000	—	—
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	89 795 800	26 454 300	—	—
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	62 102 400	20 694 900	—	—
12	Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	409 956 400	503 382 300	—	—
13	Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen	—	—	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung	7 403 748 200	2 198 680 400	—	—
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	36 935 900	18 981 600	—	—
19	Bundesverfassungsgericht	3 856 900	763 000	—	—
20	Bundesrechnungshof	14 703 300	2 145 700	—	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	13 921 200	14 696 900	—	—
25	Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	9 419 700	6 198 900	—	—
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	14 258 100	7 435 900	—	—
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	19 499 600	7 821 100	—	—
32	Bundesschuld	8 630 200	46 463 300	—	—
33	Versorgung	3 484 485 000	—	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	152 100 000	185 081 000	—	—
36	Zivile Verteidigung	30 728 000	133 379 300	—	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	1 449 300 000	82 013 000	—	—
	Summe Verwaltungshaushalt 1970	**15 050 391 200**	**4 071 393 000**	—	—
	Summe Verwaltungshaushalt 1969	13 612 299 200	3 813 208 200	—	—
	gegenüber 1969 mehr (+) / weniger (—)	+ 1 438 092 000	+ 258 184 800	—	—

Teil I Haushaltsübersicht

Ausgaben

Gesamtplan
Verwaltungshaushalt 1970

Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke 1970 DM	Ausgaben für Investitionen 1970 DM	Besondere Finanzierungsausgaben 1970 DM	Summe Ausgaben 1970 DM	1969 DM	gegenüber 1969 mehr (+) weniger (—) DM	Epl.
7	8	9	10	11	12	13
—	—	—	**4 912 500**	3 849 900	— 1 062 600	01
—	—	—	**111 432 600**	78 682 000	— 32 750 600	02
—	—	—	**3 781 300**	3 134 100	+ 647 200	03
—	—	—	**208 799 200**	189 623 700	— 19 175 500	04
—	—	—	**337 928 500**	308 761 400	— 29 167 100	05
—	—	—	**629 699 300**	520 557 300	— 109 142 000	06
—	—	—	**144 649 300**	127 246 300	— 17 403 000	07
—	—	—	**1 033 194 600**	925 731 600	— 107 463 000	08
—	—	—	**189 754 600**	170 563 600	— 19 191 000	09
—	—	—	**116 250 100**	104 048 700	— 12 201 400	10
—	—	—	**82 797 300**	57 996 400	— 24 800 900	11
—	—	—	**913 338 700**	802 896 300	— 110 442 400	12
—	—	—	—	103 400	— 103 400	13
—	—	—	**9 602 428 600**	8 576 930 200	— 1 025 498 400	14
—	—	—	**55 917 500**	46 585 900	— 9 331 600	15
—	—	—	**4 619 900**	4 166 900	— 453 000	19
—	—	—	**16 849 000**	14 672 300	— 2 176 700	20
—	—	—	**28 618 100**	20 712 800	— 7 905 300	23
—	—	—	**15 618 600**	10 734 400	— 4 884 200	25
—	—	—	**21 694 000**	12 461 900	— 9 232 100	27
—	—	—	**27 320 700**	19 220 400	— 8 100 300	31
—	—	—	**55 093 500**	51 707 900	— 3 385 600	32
—	—	—	**3 484 485 000**	3 123 497 000	+ 360 988 000	33
—	—	—	**337 181 000**	343 306 000	— 6 125 000	35
—	—	—	**164 107 300**	207 699 000	— 43 591 700	36
—	—	—	**1 531 313 000**	1 700 618 000	— 169 305 000	60
—	—	—	**19 121 784 200**	17 425 507 400	+ 1 696 276 800	
—	—	—				
—	—	—				

Gesamtplan
Finanzhaushalt 1970

Einnahmen

Teil I Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Einnahmen: Steuern und steuerähnliche Abgaben 1970 DM	Einnahmen: Einnahmen (Verwaltungshaushalt) 1970 DM	Einnahmen: Übrige Einnahmen 1970 DM	Summe Einnahmen 1970 DM	Summe Einnahmen 1969 DM	gegenüber 1969 mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt ...	—	—	—	—	—	—
02	Deutscher Bundestag	—	—	4 457 800	**4 457 800**	3 968 300	+ 489 500
03	Bundesrat	—	—	—	—	—	—
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	—	—	1 000	**1 000**	1 000	—
05	Auswärtiges Amt	—	—	33 000	**33 000**	33 000	—
06	Bundesminister des Innern	—	—	7 503 700	**7 503 700**	10 045 500	— 2 541 800
07	Bundesminister der Justiz	—	—	24 300	**24 300**	25 000	— 700
08	Bundesminister der Finanzen	—	—	26 343 800	**26 343 800**	25 915 100	+ 428 700
09	Bundesminister für Wirtschaft	—	—	10 228 200	**10 228 200**	12 749 700	— 2 521 500
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten .	687 000 000	—	96 820 900	**783 820 900**	791 197 600	— 7 376 700
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	—	—	100 214 600	**100 214 600**	93 346 600	+ 6 868 000
12	Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	—	—	73 964 100	**73 964 100**	59 191 700	+ 14 772 400
13	Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen ..	755 000 000	—	10 150 000	**765 150 000**	747 671 700	+ 17 478 300
14	Bundesminister der Verteidigung	—	—	215 018 800	**215 018 800**	200 442 900	+ 14 575 900
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	—	—	20 623 000	**20 623 000**	13 991 600	+ 6 631 400
19	Bundesverfassungsgericht	—	—	—	—	—	—
20	Bundesrechnungshof	—	—	—	—	—	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	—	—	260 729 600	**260 729 600**	184 265 200	+ 76 464 400
25	Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	—	—	357 794 000	**357 794 000**	349 617 400	— 8 176 600
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	—	—	99 700	**99 700**	133 400	— 33 700
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	—	—	13 627 900	**13 627 900**	12 402 700	+ 1 225 200
32	Bundesschuld	—	—	310 300 000	**310 300 000**	3 918 000 000	— 3 607 700 000
33	Versorgung	—	—	29 828 000	**29 828 000**	29 640 000	+ 188 000
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte ...	—	—	25 622 200	**25 622 200**	18 812 200	+ 6 810 000
36	Zivile Verteidigung	—	—	773 700	**773 700**	772 200	+ 1 500
60	Allgemeine Finanzverwaltung	86 571 000 000	—	264 699 000	**86 835 699 000**	74 713 666 800	+ 12 122 032 200
	Summe Finanzhaushalt 1970	**88 013 000 000**	—	**1 828 857 300**	**89 841 857 300**	81 185 889 600	+ 8 655 967 700
	Summe Finanzhaushalt 1969	75 924 000 000	—	5 261 889 600			
	gegenüber 1969 mehr (+) weniger (—)	+ 12 089 000 000	—	— 3 433 032 300			

Gesamtplan

Finanzhaushalt 1970

Ausgaben

Teil I Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Personalausgaben 1970 DM	Sächliche Verwaltungsausgaben 1970 DM	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw. 1970 DM	Schuldendienst 1970 DM
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	—	—	—	—
02	Deutscher Bundestag	—	—	—	—
03	Bundesrat	—	—	—	—
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	—	—	—	—
05	Auswärtiges Amt	—	—	—	—
06	Bundesminister des Innern	—	—	—	—
07	Bundesminister der Justiz	—	—	—	—
08	Bundesminister der Finanzen	—	—	—	—
09	Bundesminister für Wirtschaft	—	—	—	—
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	—	—	—	—
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	—	—	—	—
12	Bundesminister für Verkehr und für das Post und Fernmeldewesen	—	—	—	—
13	Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen	—	—	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung	—	—	7 643 782 700	—
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	—	—	—	—
19	Bundesverfassungsgericht	—	—	—	—
20	Bundesrechnungshof	—	—	—	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	—	—	—	—
25	Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	—	—	—	—
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	—	—	—	—
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	—	—	—	—
32	Bundesschuld	—	—	—	2 515 833 100
33	Versorgung	—	—	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	—	—	—	—
36	Zivile Verteidigung	—	—	—	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	—	—	—	25 000 000
	Summe Finanzhaushalt 1970	—	—	**7 643 782 700**	**2 540 833 100**
	Summe Finanzhaushalt 1969	—	—	8 321 055 900	2 639 842 600
	gegenüber 1969 mehr (+)	—	—	— 677 273 200	— 99 009 500
	weniger (—)				

Teil I Haushaltsübersicht

Ausgaben

Gesamtplan
Finanzhaushalt 1970

Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke **1970** DM	Ausgaben für Investitionen **1970** DM	Besondere Finanzierungsausgaben **1970** DM	**Summe Ausgaben** **1970** DM	1969 DM	gegenüber 1969 mehr (+) weniger (—) DM	Epl.
7	8	9	10	11	12	13
700 000	68 300	—	**768 300**	1 048 400	— 280 100	01
10 551 200	9 296 700	—	**19 847 900**	29 521 700	— 9 673 800	02
—	143 700	—	**143 700**	83 000	+ 60 700	03
9 831 000	4 628 300	— 4 981 600	**9 477 700**	2 666 100	+ 6 811 600	04
436 897 600	70 074 000	—	**506 971 600**	424 412 100	+ 82 559 500	05
265 544 100	303 266 200	— 120 000	**568 690 300**	491 148 500	+ 77 541 800	06
1 789 500	2 706 700	113 200	**4 609 400**	4 233 500	+ 375 900	07
64 679 600	175 295 800	—	**239 975 400**	247 047 900	— 7 072 500	08
380 676 300	431 211 700	—	**811 888 000**	886 603 700	— 74 715 700	09
6 530 105 600	1 050 771 700	13 850 000	**7 594 727 300**	5 459 671 100	+ 2 135 056 200	10
18 598 293 600	85 987 600	—	**18 684 281 200**	17 289 983 900	+ 1 394 297 300	11
3 824 769 200	5 418 294 600	— 3 278 200	**9 239 785 600**	8 279 937 300	+ 959 848 300	12
132 487 000	4 608 000	—	**137 095 000**	121 766 000	+ 15 329 000	13
855 936 900	659 883 500	461 929 800	**9 621 532 900**	10 467 921 800	— 846 388 900	14
3 394 480 100	60 875 500	5 500 000	**3 460 855 600**	3 090 992 900	+ 369 862 700	15
—	634 600	—	**634 600**	37 500	+ 597 100	19
—	102 300	—	**102 300**	37 200	+ 65 100	20
786 134 800	1 432 527 700	—	**2 218 662 500**	2 169 674 300	+ 48 988 200	23
700 692 400	1 205 598 400	—	**1 906 290 800**	1 570 178 900	+ 336 111 900	25
188 474 900	23 204 700	—	**211 679 600**	206 313 300	+ 5 366 300	27
1 351 411 900	1 421 850 400	—	**2 773 262 300**	2 231 606 800	+ 541 655 500	31
520 555 000	— 99 874 300	—	**2 936 513 800**	2 580 563 800	+ 355 950 000	32
747 100 000	—	— 453 550 000	**293 550 000**	186 503 000	+ 107 047 000	33
13 950 000	254 712 000	—	**268 662 000**	285 722 000	— 17 060 000	35
21 712 700	143 127 000	—	**164 839 700**	194 156 200	— 29 316 500	36
7 632 118 600	892 011 000	1 600 000 000	**10 149 129 600**	8 928 864 000	+ 1 220 265 600	60
46 468 892 000	**13 551 006 100**	**1 619 463 200**	**71 823 977 100**	65 150 694 900	+ 6 673 282 200	
41 530 160 200	13 003 678 200	— 344 042 000				
+ 4 938 731 800	+ 547 327 900	+ 1 963 505 200				

Gesamtplan

Verwaltungs- und Finanzhaushalt 1970 insgesamt **Einnahmen** **Teil I Haushaltsübersicht**

Epl.	Bezeichnung	Einnahmen: Steuern und steuerähnliche Abgaben 1970 DM	Einnahmen (Verwaltungshaushalt) 1970 DM	Übrige Einnahmen 1970 DM	Summe Einnahmen 1970 DM	Summe Einnahmen 1969 DM	gegenüber 1969 mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt ...	—	19 300	—	**19 300**	20 300	— 1 000
02	Deutscher Bundestag	—	169 700	4 457 800	**4 627 500**	4 154 000	+ 473 500
03	Bundesrat	—	33 400	—	**33 400**	30 400	+ 3 000
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	—	338 200	1 000	**339 200**	342 900	— 3 700
05	Auswärtiges Amt	—	8 617 900	33 000	**8 650 900**	8 095 000	+ 555 900
06	Bundesminister des Innern	—	6 052 200	7 503 700	**13 555 900**	24 555 600	— 10 999 700
07	Bundesminister der Justiz	—	120 569 200	24 300	**120 593 500**	109 737 300	+ 10 856 200
08	Bundesminister der Finanzen	—	406 834 400	26 343 800	**433 178 200**	360 880 700	+ 72 297 500
09	Bundesminister für Wirtschaft	—	21 885 200	10 228 200	**32 113 400**	33 012 200	— 898 800
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten .	687 000 000	18 213 400	96 820 900	**802 034 300**	807 721 200	— 5 686 900
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	—	5 488 000	100 214 600	**105 702 600**	97 983 700	+ 7 718 900
12	Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	—	192 454 700	73 964 100	**266 418 800**	243 847 400	+ 22 571 400
13	Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen	[1] 755 000 000	7 625 000	10 150 000	**772 775 000**	754 453 700	+ 18 321 300
14	Bundesminister der Verteidigung	—	235 693 000	215 018 800	**450 711 800**	461 833 500	— 11 121 700
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	—	5 396 700	20 623 000	**26 019 700**	17 828 300	+ 8 191 400
19	Bundesverfassungsgericht	—	81 500	—	**81 500**	21 500	+ 60 000
20	Bundesrechnungshof	—	23 900	—	**23 900**	22 900	+ 1 000
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	—	331 800	260 729 600	**261 061 400**	184 477 600	+ 76 583 800
25	Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	—	4 669 100	357 794 000	**362 463 100**	354 140 400	+ 8 322 700
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	—	72 200	99 700	**171 900**	179 800	— 7 900
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	—	262 800	13 627 900	**13 890 700**	13 061 900	+ 828 800
32	Bundesschuld	—	3 409 000	310 300 000	**313 709 000**	3 921 224 700	— 3 607 515 700
33	Versorgung	—	270 000	29 828 000	**30 098 000**	30 040 000	+ 58 000
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte ...	—	22 011 000	25 622 200	**47 633 200**	44 916 200	+ 2 717 000
36	Zivile Verteidigung	—	38 972 400	773 700	**39 746 100**	86 004 300	— 46 258 200
60	Allgemeine Finanzverwaltung	[2] 86 571 000 000	4 410 000	264 699 000	**86 840 109 000**	75 017 616 800	+ 11 822 492 200
	Summe Haushalt 1970 ..	**88 013 000 000**	[3] **1 103 904 000**	**1 828 857 300**	**90 945 761 300**	82 576 202 300	+ 8 369 559 000
	Summe Haushalt 1969 ..	75 924 000 000	1 390 312 700	5 261 889 600			
	gegenüber 1969 mehr (+) weniger (—)	+12 089 000 000	— 286 408 700	— 3 433 032 300			

[1] Postablieferung 755 Millionen DM.
[2] Darin nach Abzug der Münzeinnahmen (165 Millionen DM) und der Spielbankabgabe (6 Millionen DM) Steuereinnahmen in Höhe von 86 400 Millionen DM enthalten.
[3] Verwaltungseinnahmen im weiteren Sinn zuzüglich Postablieferung, Abschöpfungen (= 687 Millionen DM), Münzeinnahmen, Spielbankabgabe und übrige Einnahmen (Spalte 5) = 4 545 761 300 DM.

Gesamtplan

Verwaltungs- und Finanzhaushalt 1970 insgesamt

Ausgaben

Teil I Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Personalausgaben 1970 DM	Sächliche Verwaltungsausgaben 1970 DM	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw. 1970 DM	Schuldendienst 1970 DM
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	2 656 800	2 255 700	—	—
02	Deutscher Bundestag	92 904 200	18 528 400	—	—
03	Bundesrat	2 553 600	1 227 700	—	—
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	28 951 100	179 848 100	—	—
05	Auswärtiges Amt	270 339 800	67 588 700	—	—
06	Bundesminister des Innern	456 428 700	173 270 600	—	—
07	Bundesminister der Justiz	110 098 100	34 551 200	—	—
08	Bundesminister der Finanzen	759 616 600	273 578 000	—	—
09	Bundesminister für Wirtschaft	123 401 600	66 353 000	—	—
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	89 795 800	26 454 300	—	—
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	62 102 400	20 694 900	—	—
12	Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	409 956 400	503 382 300	—	—
13	Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen	—	—	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung	7 403 748 200	2 198 680 400	7 643 782 700	—
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	36 935 900	18 981 600	—	—
19	Bundesverfassungsgericht	3 856 900	763 000	—	—
20	Bundesrechnungshof	14 703 300	2 145 700	—	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	13 921 200	14 696 900	—	—
25	Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	9 419 700	6 198 900	—	—
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	14 258 100	7 435 900	—	—
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	19 499 600	7 821 100	—	—
32	Bundesschuld	8 630 200	46 463 300	—	2 515 833 100
33	Versorgung	3 484 485 000	—	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	152 100 000	185 081 000	—	—
36	Zivile Verteidigung	30 728 000	133 379 300	—	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	1 449 300 000	82 013 000	—	25 000 000
	Summe Haushalt 1970	**15 050 391 200**	**4 071 393 000**	**7 643 782 700**	**2 540 833 100**
	Summe Haushalt 1969	13 612 299 200	3 813 208 200	8 321 055 900	2 639 842 600
	gegenüber 1969 mehr (+) / weniger (—)	+ 1 438 092 000	+ 258 184 800	— 677 273 200	— 99 009 500

Gesamtplan

Teil I Haushaltsübersicht

Ausgaben

Verwaltungs- und Finanzhaushalt 1970 insgesamt

Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke **1970** DM	Ausgaben für Investitionen **1970** DM	Besondere Finanzierungsausgaben **1970** DM	Summe Ausgaben **1970** DM	Summe Ausgaben 1969 DM	gegenüber 1969 mehr (+) weniger (—) DM	Epl.
7	8	9	10	11	12	13
700 000	68 300	—	**5 680 800**	4 898 300	+ 782 500	01
10 551 200	9 296 700	—	**131 280 500**	108 203 700	+ 23 076 800	02
—	143 700	—	**3 925 000**	3 217 100	+ 707 900	03
9 831 000	4 628 300	— 4 981 600	**218 276 900**	192 289 800	+ 25 987 100	**04**
436 897 600	70 074 000	—	**844 900 100**	733 173 500	+ 111 726 600	05
265 544 100	303 266 200	— 120 000	**1 198 389 600**	1 011 705 800	+ 186 683 800	06
1 789 500	2 706 700	113 200	**149 258 700**	131 479 800	+ 17 778 900	07
64 679 600	175 295 800	—	**1 273 170 000**	1 172 779 500	+ 100 390 500	08
380 676 300	431 211 700	—	**1 001 642 600**	1 057 167 300	— 55 524 700	09
6 530 105 600	1 050 771 700	13 850 000	**7 710 977 400**	5 563 719 800	+ 2 147 257 600	10
18 598 293 600	85 987 600	—	**18 767 078 500**	17 347 980 300	+ 1 419 098 200	11
3 824 769 200	5 418 294 600	— 3 278 200	**10 153 124 300**	9 082 833 600	+ 1 070 290 700	12
132 487 000	4 608 000	—	**137 095 000**	121 869 400	+ 15 225 600	13
855 936 900	659 883 500	461 929 800	**19 223 961 500**	19 044 852 000	+ 179 109 500	14
3 394 480 100	60 875 500	5 500 000	**3 516 773 100**	3 137 578 800	+ 379 194 300	15
—	634 600	—	**5 254 500**	4 204 400	+ 1 050 100	19
—	102 300	—	**16 951 300**	14 709 500	+ 2 241 800	20
786 134 800	1 432 527 700	—	**2 247 280 600**	2 190 387 100	+ 56 893 500	23
700 692 400	1 205 598 400	—	**1 921 909 400**	1 580 913 300	+ 340 996 100	25
188 474 900	23 204 700	—	**233 373 600**	218 775 200	+ 14 598 400	27
1 351 411 900	1 421 850 400	—	**2 800 583 000**	2 250 827 200	+ 549 755 800	31
520 555 000	— 99 874 300	—	**2 991 607 300**	2 632 271 700	+ 359 335 600	32
747 100 000	—	— 453 550 000	**3 778 035 000**	3 310 000 000	+ 468 035 000	33
13 950 000	254 712 000	—	**605 843 000**	629 028 000	— 23 185 000	35
21 712 700	143 127 000	—	**328 947 000**	401 855 200	— 72 908 200	36
7 632 118 600	892 011 000	1 600 000 000	**11 680 442 600**	10 629 482 000	+ 1 050 960 600	60
46 468 892 000	**13 551 006 100**	**1 619 463 200**	**90 945 761 300**	82 576 202 300	+ 8 369 559 000	
41 530 160 200	13 003 678 200	— 344 042 000				
+ 4 938 731 800	+ 547 327 900	+ 1 963 505 200				

Gesamtplan

Verwaltungshaushalt 1971

Einnahmen

Teil I Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Einnahmen: Steuern und steuerähnliche Abgaben 1971 DM	Einnahmen (Verwaltungshaushalt) 1971 DM	Übrige Einnahmen 1971 DM	Summe Einnahmen 1971 DM	Summe Einnahmen 1970 DM	gegenüber 1970 mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt ...	—	17 300	—	**17 300**	19 300	— 2 000
02	Deutscher Bundestag	—	169 700	—	**169 700**	169 700	—
03	Bundesrat	—	31 700	—	**31 700**	33 400	— 1 700
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	—	325 500	—	**325 500**	338 200	— 12 700
05	Auswärtiges Amt	—	8 646 800	—	**8 646 800**	8 617 900	+ 28 900
06	Bundesminister des Innern	—	6 070 500	—	**6 070 500**	6 052 200	+ 18 300
07	Bundesminister der Justiz	—	120 670 000	—	**120 670 000**	120 569 200	+ 100 800
08	Bundesminister der Finanzen	—	357 891 100	—	**357 891 100**	406 834 400	— 48 943 300
09	Bundesminister für Wirtschaft	—	22 703 700	—	**22 703 700**	21 885 200	+ 818 500
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten .	—	20 586 500	—	**20 586 500**	18 213 400	+ 2 373 100
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	—	5 585 100	—	**5 585 100**	5 488 000	+ 97 100
12	Bundesminister für Verkehr und das Post- und Fernmeldewesen .	—	191 447 800	—	**191 447 800**	192 454 700	— 1 006 900
13	Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen ..	—	7 570 000	—	**7 570 000**	7 625 000	— 55 000
14	Bundesminister der Verteidigung	—	250 004 000	—	**250 004 000**	235 693 000	+ 14 311 000
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	—	5 398 800	—	**5 398 800**	5 396 700	+ 2 100
19	Bundesverfassungsgericht	—	25 500	—	**25 500**	81 500	— 56 000
20	Bundesrechnungshof	—	19 500	—	**19 500**	23 900	— 4 400
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	—	321 800	—	**321 800**	331 800	— 10 000
25	Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	—	4 665 400	—	**4 665 400**	4 669 100	— 3 700
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	—	74 000	—	**74 000**	72 200	+ 1 800
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	—	313 500	—	**313 500**	262 800	+ 50 700
32	Bundesschuld	—	2 640 700	—	**2 640 700**	3 409 000	— 768 300
33	Versorgung	—	260 000	—	**260 000**	270 000	— 10 000
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte ...	—	22 011 000	—	**22 011 000**	22 011 000	—
36	Zivile Verteidigung	—	33 734 600	—	**33 734 600**	38 972 400	— 5 237 800
60	Allgemeine Finanzverwaltung	—	204 410 000	—	**204 410 000**	4 410 000	+ 200 000 000
	Summe Verwaltungshaushalt 1971	—	**1 265 594 500**	—	**1 265 594 500**	1 103 904 000	+ 161 690 500
	Summe Verwaltungshaushalt 1970	—	1 103 904 000	—			
	gegenüber 1970 mehr (+) weniger (—)	—	+ 161 690 500	—			

Gesamtplan

Verwaltungshaushalt 1971

Ausgaben

Teil I Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Personalausgaben 1971 DM	Sächliche Verwaltungsausgaben 1971 DM	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw. 1971 DM	Schuldendienst 1971 DM
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	2 697 500	2 249 600	—	—
02	Deutscher Bundestag	89 292 500	19 013 400	—	—
03	Bundesrat	2 593 900	1 108 200	—	—
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	29 388 300	188 563 000	—	—
05	Auswärtiges Amt	269 263 900	72 430 200	—	—
06	Bundesminister des Innern	467 662 900	180 420 800	—	—
07	Bundesminister der Justiz	113 159 500	34 604 400	—	—
08	Bundesminister der Finanzen	764 465 900	269 381 500	—	—
09	Bundesminister für Wirtschaft	127 315 800	54 283 100	—	—
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	91 883 800	26 778 100	—	—
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	76 319 700	21 652 500	—	—
12	Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	415 005 600	513 278 100	—	—
13	Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen	—	—	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung	7 721 526 300	2 311 354 700	—	—
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	38 153 300	19 134 600	—	—
19	Bundesverfassungsgericht	3 891 000	758 000	—	—
20	Bundesrechnungshof	14 853 700	2 161 700	—	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	16 353 400	14 474 600	—	—
25	Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	9 510 700	6 343 000	—	—
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	14 463 200	7 124 100	—	—
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	20 675 600	7 808 900	—	—
32	Bundesschuld	8 820 900	39 490 700	—	—
33	Versorgung	3 684 155 000	—	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	156 000 000	188 891 000	—	—
36	Zivile Verteidigung	25 749 500	128 348 500	—	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	2 330 800 000	82 013 000	—	—
	Summe Verwaltungshaushalt 1971	**16 494 001 900**	**4 191 665 700**	—	—
	Summe Verwaltungshaushalt 1970	15 050 391 200	4 071 393 000	—	—
	gegenüber 1970 mehr (+) / weniger (—)	+ 1 443 610 700	+ 120 272 700	—	—

Teil I Haushaltsübersicht

Ausgaben

Gesamtplan

Verwaltungshaushalt 1971

Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke **1971** DM	Ausgaben für Investitionen **1971** DM	Besondere Finanzierungsausgaben **1971** DM	Summe Ausgaben **1971** DM	1970 DM	gegenüber 1970 mehr (+) weniger (—) DM	Epl.
7	8	9	10	11	12	13
—	—	—	**4 947 100**	4 912 500	+ 34 600	01
—	—	—	**108 305 900**	111 432 600	— 3 126 700	02
—	—	—	**3 702 100**	3 781 300	— 79 200	03
—	—	—	**217 951 300**	208 799 200	+ 9 152 100	04
—	—	—	**341 694 100**	337 928 500	+ 3 765 600	05
—	—	—	**648 083 700**	629 699 300	+ 18 384 400	06
—	—	—	**147 763 900**	144 649 300	+ 3 114 600	07
—	—	—	**1 033 847 400**	1 033 194 600	+ 652 800	08
—	—	—	**181 598 900**	189 754 600	— 8 155 700	09
—	—	—	**118 661 900**	116 250 100	+ 2 411 800	10
—	—	—	**97 972 200**	82 797 300	+ 15 174 900	11
—	—	—	**928 283 700**	913 338 700	+ 14 945 000	12
—	—	—	—	—	—	13
—	—	—	**10 032 881 000**	9 631 428 600	+ 401 452 400	14
—	—	—	**57 287 900**	55 917 500	+ 1 370 400	15
—	—	—	**4 649 000**	4 619 900	+ 29 100	19
—	—	—	**17 015 400**	16 849 000	+ 166 400	20
—	—	—	**30 828 000**	28 618 100	+ 2 209 900	23
—	—	—	**15 853 700**	15 618 600	+ 235 100	25
—	—	—	**21 587 300**	21 674 000	— 86 700	27
—	—	—	**28 484 500**	27 320 700	+ 1 163 800	31
—	—	—	**48 311 600**	55 093 500	— 6 781 900	32
—	—	—	**3 684 155 000**	3 484 485 000	+ 199 670 000	33
—	—	—	**344 891 000**	337 181 000	+ 7 710 000	35
—	—	—	**154 098 000**	164 107 300	— 10 009 300	36
—	—	—	**2 412 813 000**	1 531 313 000	+ 881 500 000	60
—	—	—	**20 685 667 600**	19 121 784 200	+ 1 563 883 400	
—	—	—				
—	—	—				

Anlage zum Gesamtplan

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushaltsplan und deren Inanspruchnahme

Epl.	Bezeichnung	Verpflichtungs-ermächtigung 1970	Von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden			
			1971	1972	1973	1974 ff.
		DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	7 450 000	4 380 000	2 030 000	680 000	360 000
05	Auswärtiges Amt	444 948 000	245 185 000	139 945 000	45 983 000	13 835 000
06	Bundesminister des Innern	248 312 600	9 358 000	57 613 600	45 200 000	—
07	Bundesminister der Justiz	1 100 000	1 100 000	—	—	—
08	Bundesminister der Finanzen	70 910 000	59 215 000	9 995 000	1 000 000	700 000
09	Bundesminister für Wirtschaft	1 172 335 200	302 172 200	247 335 000	235 400 000	387 428 000
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	703 104 100	312 696 000	45 453 100	35 845 000	309 110 000
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	114 060 000	52 844 000	11 574 000	10 374 000	39 268 000
12	Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	3 258 307 500	2 264 787 500	832 800 000	220 720 000	—
13	Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen	9 050 000	5 350 000	3 700 000	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung	15 679 208 000	6 930 105 000	4 618 745 000	4 130 358 000	—
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	73 590 000	53 290 000	18 300 000	2 000 000	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	1 921 835 000	28 625 000	19 870 000	3 870 000	170 000
25	Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	504 808 200	237 624 500	223 376 740	9 869 240	33 937 720
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	27 326 000	22 405 500	2 920 500	2 000 000	—
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	2 161 816 100	922 803 300	515 442 800	313 465 800	410 104 200
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	90 000 000	59 000 000	31 000 000	—	—
36	Zivile Verteidigung	224 579 800	101 508 800	55 671 000	43 900 000	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	1 312 800 000	362 500 000	138 500 000	132 200 000	679 600 000
	Summe	28 025 540 500	11 974 949 800	6 972 444 740	5 232 865 040	1 874 512 920

Gesamtplan: Teil II

Finanzierungsübersicht

	Betrag für 1970	Betrag für 1969 *)
	— in DM —	
Ermittlung des Finanzierungssaldos		
1. **Ausgaben**	89 345 761 300	82 576 202 300
(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags)		
2. **Einnahmen**	90 478 661 300	78 600 702 300
(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und Münzeinnahmen)		
3. **Finanzierungssaldo**	+ 1 132 900 000	— 3 975 500 000
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos		
4. **Netto-Neuverschuldung/Netto-Tilgung am Kreditmarkt**		
4.1. Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	(3 746 743 900)	(13 102 420 800)
4.101 zu allgemeinen Zwecken	3 746 743 900	—
4.102 zu besonderen Zwecken	—	—
4.2. Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	3 444 643 900	7 901 088 000
4.3. Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	—	1 349 832 800
4.4. Ausgaben für Marktpflege (vgl. Vermerk zu Kap. 32 01 Tit. 325 11)	—	—
Saldo	— 302 100 000	— 3 851 500 000
5. **Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen**	—	—
6. **Rücklagenbewegung**		
6.1. Entnahmen aus Rücklagen	—	—
6.2. Zuführungen an Rücklagen	+ 1 600 000 000	—
7. **Münzeinnahmen**	— 165 000 000	— 124 000 000
8. **Finanzierungssaldo**	+ 1 132 900 000	— 3 975 500 000

*) Vergleichszahl 1969 umgerechnet nach Methodik Haushalt 1970

Gesamtplan: Teil III

Kreditfinanzierungsplan

	Betrag für 1970	Betrag für 1969
	— in DM —	
1. Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt		
davon voraussichtlich		
1.1 langfristig	(2 746 743 900)	(5 881 420 800)
1.101 zu allgemeinen Zwecken	2 746 743 900	5 881 420 800
1.102 zu besonderen Zwecken	—	—
1.2 kürzerfristig	1 000 000 000	7 221 000 000
Summe 1.	3 746 743 900	13 102 420 800
2. Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt		
2.1 Tilgung langfristiger Schulden	(1 198 468 900)	(982 188 000)
2.101 Tilgung der Schuldbuchforderungen der Träger der Sozialversicherung	203 842 000	215 486 200
2.102 Tilgung der Bundesanleihen (einschl. der Entschädigung für verspätet vorgelegte oder verlorengegangene Prämienschatzanweisungen)	332 038 000	307 247 000
2.103 Bundesschatzbriefe	—	—
2.104 Schuldbuchkredite	50 000 000	—
2.105 Tilgung der Schuldscheindarlehen	61 619 000	20 454 700
2.106 Tilgung der Ausgleichsforderungen und Rentenausgleichsforderungen zur Aufbesserung von Versicherungsleistungen	47 801 000	58 873 800
2.107 Tilgung der Ausgleichsforderungen nach den Umstellungsergänzungsgesetzen und dem Umstellungsschlußgesetz	6 540 000	5 820 800
2.108 Tilgung der Ablösungsschuld	28 000 000	28 400 000
2.109 Tilgung der Altsparerentschädigung und entsprechende Verpflichtungen nach dem Umstellungsschlußgesetz	31 000 000	10 500 000
2.110 Tilgung der Nachkriegswirtschaftshilfe der USA	345 272 900	30 324 500
2.111 Tilgung im Zusammenhang mit früheren Reichsmarkansprüchen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)	31 248 000	31 248 000
2.112 Bereinigte Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen) einschl. Haftung für die österreichische Äußere Anleihe	26 580 000	231 925 000
2.113 Tilgungen auf Grund des Gesetzes zur näheren Regelung der Entschädigungsansprüche für Auslandsbonds (Auslandsbonds-Entschädigungsgesetz)	1 474 000	13 128 000
2.114 Tilgung der Nachkriegsschulden für Verbindlichkeiten der Koka aus Anschlußgebieten sowie Mixed Claims	14 670 000	16 100 000
2.115 Tilgung auf Grund des Schweizer Abkommens vom 26. August 1952	18 384 000	17 680 000

	Betrag für 1970	Betrag für 1969
	— in DM —	
2.2 Tilgung kürzerfristiger Schulden	(2 246 175 000)	(6 918 900 000)
2.201 Kassenobligationen	662 175 000	797 500 000
2.202 Unverzinsliche Schatzanweisungen	1 584 000 000	6 121 400 000
2.3 Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	—	1 349 832 800
2.4 Marktpflege	—	—
Summe 2.	3 444 643 900	9 250 920 800
3. **Saldo aus 1. und 2.** (im Haushaltsplan veranschlagte Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt)	302 100 000	3 851 500 000
4. **Einnahmen aus Krediten von Gebietskörperschaften — einschl. ERP-Sondervermögen und LA-Fonds** (im Haushaltsplan veranschlagt)	—	—
5. **Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften** — einschl. ERP-Sondervermögen und LA-Fonds (im Haushaltsplan veranschlagt)	—	—